

Zuschrift der Politik.
Unterhaltung, Gesellschaftsleben,
Scherheit, Humoristik.
Beobachtung über die Politik und
die Auslandspolitik des Reiches.
Rundschau von Aufstiegskämpfern,
Parlament, aus dem 8.-11. November
gesammelt. Der Abdruck ist nur mit
Zulassung des Herausgebers gestattet.
Die 3. Auflage. Preis 10 Pf.
ausgabe Silber 15 Pf., für Post
post oder nach Zeitungen 20 Pf.
Untere Städte 15 Pf., für Post
Postkabinett ist bei der Zeitung
S. 20 Pf.
Rathauskabinett nur gegen
Vorauszahlung.
Kabinett nehmen künftige
gewerbliche Vermögensstellen an,
für welche eingerichtete Schriften
werden keine Verbindlichkeit.
Gesetzliche Kabinette S. 11.

Dresdner Nachrichten

39. Jahrgang

Curt Heinsius
Dresden-N., Tiefstr. 12
Postamt-Amt II, 2100.
Mehrjährige Garantie.
Kostenlos Preise.
• Mit preiswert, 60,000 St. in Funktion

Geräuschlose
Thürsehliesser
m. dopp. Luftauslösung, gewalts. Schlosses schadlos.

Dresden, 1894.

C. Heinrich Barthel
Putz- und Modewaaren-Haus
Walsenshausstrasse 30.
Eigene Filzhutfabrik. Neueste Modelle.

Alle technischen Waaren von
Gummi Asbest
Dichtungen, Staffeldecken, Dichtungen, Schläuche, Walzen, Klappen,
Wasserstandsgläser, Geist
Reinhardt Leupolt, Dresden-A., Tel. 250

Winter-Lodenjoppen von 8 Mk., Havelocks von 18 Mk., Hohenzollernmäntel von 22 Mk. an,
empfohlen mein für den Winter reichhaltigst neu assortirtes Lager. **Jos. Fiechtl** aus Tirol, Schloss-Strasse 23, neben dem Königl. Schloss.

91r. 324. Spiegel: Vereinsamung Deutschlands. Hofnachrichten. Reichsverfassungsgerichtsabhandlung. Schneideisen. Bildvorlagen. Tagesgeschichte. Notizielle. Blaudrucke.

Wetter: Dienstag, 20. Novbr.

Für den Monat Dezember

wurden Bestellungen auf die „Dresdner Nachrichten“ für Dresden bei unterzeichneter Geschäftsstelle zu 90 Pfennigen, für auswärts bei den Kaiserlichen Postanstalten im Deutschen Reichsgebiete zu 90 Pfennigen, bei den K. K. Postämtern in Österreich-Ungarn zu 85 Kreuzern und bei den Postanstalten im Welschpostamt mit entsprechendem Postzuschlag, angenommen.

Geschäftsstelle der Dresdner Nachrichten.
Marienstraße 38 (Erdgeschloß).

Politisches.

Seit die russisch-französische Verbindung an der Reige des Jahrhunderts wie ein weitreichlicher Mummenschank ausgelaufen ist, hat man sich auch des lange in Vergessenheit gerathenen Vorfahrs Napoleons I. wieder erinnert: „Am Ende des 19. Jahrhunderts wird die Welt entweder sozialistisch oder republikanisch sein.“ Die Ereignisse, die dem Niedergang der napoleonischen Blut- und Gewalttherrschaft folgten, schienen zuerst mit ihrem überhäumend fröhlichen Charakter jenem Ausdruck des formidablen Eroberers das republikanische Siegel anzutun zu wollen, während sie ihm später nach dem vollzogenen Ausgleich zwischen monarchischer Gewalt und bürgerlicher Freiheit bloss den Werth eines gelegentlichen Bon mots gaben. Und heute? Im Hundertdrehen hat sich die ganze Lage verändert. Europas Blüte hängt mit deutscher Spannung an den Lippen des neuen Cæsars und künftige Staatsräthe der europäischen Welt haben ähnlich des Teobos Alexandri III. „hast gebraucht“, um zunächst auf die Petersburger Segelordre zu warten, ehe sie ihren Rats wieder annehmen. Dies Schauspiel beweist, dass Napoleon I. der heute noch der unbarmherzigste Berufsteller seines Charakters durch den österreicherischen Thron selbst als eine brutale Kostümatur vor der Welt dasteht, einer tieferen Erkenntniß folgt, als er aus dem Geist der Utopie eine vereinfachte Gefahr für die europäische Civilisation heraustritt. Dass es so gekommen ist, dagegen hilft kein Klagen. Man soll die menschlichen Dinge nicht beurtheilen, sondern sie verstehen lernen. Nur dann wird man im Stande sein, allen Gefahren der Zukunft mit jener heiteren Ruhe des laufenden Philosophen zu begegnen, welche die Vorbedingung einer zielbewußten und unabhängigen nationalen Politik ist. Von dieser zielbewußten Ruhe ist weder in den Verhältnissen der französischen Republik, noch in dem diplomatischen Aufstreben Englands angedeutet. Die Wendung in Russland irgend etwas zu spüren. Von Frankreich durfte freilich Niemand etwas Besonders erwarten, als dass es in dem Titian-Welttheater um die russische Kunst als Sieger durchs Ziel gehen würde. Diese allgemein angenommene „Selbstverständlichkeit“ der französischen Würdelosigkeit gegenüber Russland füllt als mildender Umstand zu Gunsten der dritten sogenannten Revolutions in's Gewicht. Nicht so bei England, das neuerdings mit verhinderter Beschlagnahme des Franzosen den Vorhang abzuladen scheint, indem es sich gleichzeitig Napoléon II. an den Hals wirtschaftet und der am Arm des Cæsars parodirenden französischen Republik lästige Aneindertätsversicherungen in's Chräusst.

Ein Unterschied besteht aber doch noch zwischen England und Frankreich. Während nämlich letzteres bei dem Liebesbewerben um die Kunst Russlands zur verkörperlichen Madame Sans Gêne“ geworden ist, hat sich England bei der Rangfolge der jetzt von ihm gewünschten Rolle doch immer noch ein gewissches Gefühl für das Entwickelnde seiner Lage vom nationalen Standpunkt aus gezeigt. Da nun aber die englische öffentliche Meinung ähnlich wie in Frankreich, wenn England aus eigener Schuld sich in eine Ecke verbannt hat, durchaus einen freudigen Beifall zu verlangt, so darf man sich nicht wundern, wenn plötzlich jenseits des Kanals alle großen und kleinen Dogen ihr heiteres Gebell gegen Deutschland richten. Publizum und Presse in England betrachten es als ein der englischen Nation durch die „Magna Charta“ verbrieftes Privileg, auf diejenigen fremden Regierungen und Völker rücksichtslos zu schimpfen, die sich von England nicht im gegebenen Augenblick als politische Angreifer benennen lassen wollen. Neuerdings hört auch der konervative „Standard“, der von Lord Salisbury inspirirt zu werden scheint, schmollend die Untertypen hingen und erklärt in dem erhobenen Ton einer unnahbaren Weisheit, dass Deutschland in der letzten Zeit politisch „vereinigt“ sei, natürlich bloss zur Strafe dafür, dass es nicht feit und freudig die Hand ergreifen hat, die ihm von England zur Rettung der vorwölfen englischen Interessen großmuthig hingestreckt worden ist. In Wirklichkeit liegt die Sache gerade umgekehrt. England ist es, das bei seinem soviel und wildelosen Bemühungen, die ihm schwere Sorgen bereitende Lösung der „Problems of the Far East“, d. h. der großen Aufgaben im fernern Osten plötzlich über das Knie zu brechen, von allen Seiten Anhänger erfahren hat und daher heute so einsam dasteht wie der Kolos von Rhodos. Ein Blick auf den Verlauf, den die englischen „Bermittlungsvorläufe“ in Sachen der ostasiatischen Ereignisse genommen haben, genügt, um die goldige Stimmung, die zur Zeit an der Theorie herrscht, eitellich zu machen. Zuerst posierte das in englisch-chinesischen Diensten siedende „Kaiserliche Bureau“ die Nachricht von einer bewussten Einmischung der Mächte in die Welt hinaus. Dann zog der Prince von E. James die Kugeln ein und wollte nur noch mit diplomatischen Sammelbüchlein die Sache eingegriffen wissen. Als daraus aber vor Allem wegen der ablehnenden Haltung Deutschlands auch nichts wurde, verlor man an der Theorie ganz die „Haltung“, schimpfte auf Deutschland und drängte sich

Russland und Frankreich mit Gewalt auf, aber ebenfalls ohne Erfolg. Aus diesem einfachen Thathandlung eine „Bereitstellung“ Deutschlands in der hohen Politik konstruiren zu wollen, ist mehr als naiv. Man merkt nur zu deutlich die Absicht heraus, freilich ohne darüber bestimmt zu werden, denn die englische Gründerpolitik kann kein anderes Gefühl als einige Gleichmäßigkeit bei fremden Völkern erzeugen, keinen anderen Erfolg als ein süßes Achselzucken bei den fremden Regierungen haben. Dass im Auswärtigen Amt in Downingstreet in London unter diesen Umständen keine rohe Laune herrscht, ist erklärlich. Unbraug ein verhängnisvoller Name, dies „Downingstreet“. Er erinnert unwillkürlich daran, dass es mit Albions Herrlichkeit immer mehr „down“, fortwährend „bergab“ geht!

Wie sehr aber im Augenblick auch Regierung, Presse und Publizum in England gegen Deutschland losziehen mögen: es ist mit Sicherheit zu erwarten, dass das Kabinett von St. James seine Angel nach der deutschen Politik bald wieder auswerfen wird, da es die Hoffnung, den Ranzierwohl in Deutschland für seine Zwecke auszunutzen, einsweilen noch nicht aufgegeben hat. Deshalb kann der neuen Regierung im Reich nicht dringend genug empfohlen werden, sich fortwährend jeder Vertrauensdigkeit gegenüber Englands zu entschlagen, weil ihr sonst der „größte britische Nut“ unverhüths durch die Finger schlüpft und ihr nichts als das Nachsehen lässt. Die englische Diplomatie lebt nur noch von Intrigen, in Europa sowohl wie in Asien und Afrika. Dieser intrigenreichen englischen Schnapphahn-Manier muss von deutscher Seite eine Politik entgegengesetzt werden, die das Herkunftszeichen „Made in Germany“ deutlich an sich trägt. Mit diesem „Made in Germany“ haben die Engländer schon einmal auf dem Gebiet des wirtschaftlichen Konkurrenzspiels unliebsame Erfahrungen gemacht. Um der aufblühenden deutschen Industrie den englischen Markt zu verschließen, wurde die Bestimmung eingeschafft, dass alle Fabrikate deutscher Herkunft mit dem ausdrücklichen Vermerk „Made in Germany“ verschlossen sein müssen. Aber was geschieht? Das englische Publizum, das den Werth der deutschen Importartikel zu würdigen verstand, tauschte noch wie vor die deutschen Fabrikate und so wurde das „Made in Germany“ zu einem Siegeszeichen der deutschen Industrie und der Spieß schlug sich gegen Zeugen, die ihn gegen Deutschland hatten richten wollen. Jetzt heißt es nur anschauen und das „Made in Germany“ wird auch auf politischem Gebiet seine Zugkraft bewahren, sobald eine konstante deutsch-nationale Politik den Engländern klar gemacht hat, dass deutsche Interessen auch nicht um eines Haars Breite für englische Annexion seit sind. Das ist die einzige Richtlinie, die unsere auswärtige Politik England gegenüber im wohlverstandenen deutschen Interesse befolgen darf. Nur so kann die festgesetzte englische Ansichtung bestätigt werden, dass Deutschland und Österreich-Ungarn eine Art von kontinentalen englischen Verhältnissen seien, deren historische Aufgabe in der Erhaltung des englischen Weltstaates besteht. Gerade Deutschland mit seinem enghen, innerlich gefesteten Kraftbewusstsein hat am allernächstens Nutzen, nach England zu gravitieren. Es braucht nicht einmal das millionengroße Russland und den sumptuosen totalitären Todesmuth seiner ungezählten Heerscharen zu fürchten, weil der tückige Stein des deutschen Volkes noch unberührt ist von der physischen Degeneration, welche die romanischen Nationen mehr und mehr erkranken. Wenn aber Deutschland vor die Wahl gestellt wird, ob England oder Russland, so kann es nicht zweitwohl sein, nach welcher Richtung es seine Lebensinteressen weisen. Niemand wird heute daran denken, dass auf diesem Wege ein zweites Schwab über uns kommen könnte. Deutschlands Macht steht unerschütterlich da und wenn Russland ein neues Gewicht in die Waagschale des Dreiländern werfen würde, so könnte diese Wendung, die einen Friedensbruch unmöglich machen würde, nur das deutsche Antlitz vernehmen. Eine vorausshauende Leitung der deutschen Politik wird jedenfalls mit dieser Möglichkeit rechnen müssen, und wenn sie auch der deutschen Wunde selbstverständlich nicht ein Jota vergeben darf, so wird sie doch bei passender Gelegenheit daran zu denken haben, dass kleine Geschenke die Fremdkräfte erhalten. Wie das in der Vorris am besten zu machen ist, darüber möge sich der neue Reichskanzler bei seinem beauftragten Besuch in Friedrichstadt von Demirski Natha erholen, der es allerzeit mit unerlediger Weisheit verstanden hat, die Engländer mit englischem Maß zu messen.

Fernschreibe und Fernsprech-Berichte vom 19. November.

Berlin. Die vom Reichsverfassungsgericht einbeauftragten Kommissionen von Vertretern der Landesverfassungsämter und der Invaliditäts- und Alterverhörsungsanstalten erklärte sich mit den vorgelegten Erörterungen zu der Geschäftsführung des Reichsverfassungsgerichts, betreffend die Auszahlung durch die Post, einverstanden. Es handelt sich um die Fürsprache der Hälfte der fünfzehn Betriebe, welche sich verheißen haben, an die hinterbliebenen von Verstorbenen.

Freies Anderson der Bischöflichen des Reichsverfassungsgerichts über Rechnungsführung der Verfassungsanstalten wurde kommissarische Beratung beschlossen. In die Kommission wurden genöthigt die Verfassungsanstalten Bayern, Königreich Sachsen, Baden, Hannover, Brandenburg, Preussen, Schlesien und Sachsen-Anhalt. Zu eingehenden Erörterungen führte der Vorschlag des Reichsverfassungsgerichts, den Ausdruck der Verfassungsanstalten bei Aufstellung des jährlichen Haushaltplanes der Verfassungsanstalten mitzuwirken zu lassen. Diejenigen Verfassungsanstalten, bei welchen eine demokratische Mitwirkung noch nicht praktisch ist, waren in ihrer Mehrzahl gegen eine entsprechende Maßnahme. Sowohl die Ausschüsse aber bisher in dieser Richtung thätig gewesen sind, ist nach der Mitteilung der beteiligten Parteien die Wirkung ganz die „Haltung“, schimpfte auf Deutschland und drängte sich

**Simon's
Annenhof**

Dresden.
Vorzügliches
Mittelstands-Hotel
für Geschäfts- und Ver-
gnügungs-Reisende,
Familien und Touristen.
Im Centrum der Stadt.
Gutes Restaurant
Bürgerl. Pilsner.
Mäßige Preise.

Tuchwaren.

Deutsche und englische Cheviots, Kammgarn und Zwirn-
Buckskins empfohlen zu billigen Preisen.
Pörschel & Schneider,
Scheffelstrasse 19.
Musterhandlungen Franco.

Wetter: Dienstag, 20. Novbr.

mehrheitig hergehoben, das die allgemeine Befahrung der Ausschüsse Arbeitgeber und Arbeitnehmer mit der Teilnahme des Staats der Verfassungsanstalten im sozialpolitischen Untertheile erwünscht sein würde. Von den fünf Büchern des Entwurfs eines bürgerlichen Gesetzbuchs zweiter Leitung liegt nunmehr auch das den Familienrechten gewidmete vierte Buch in der durch die Redaktionskommission festgestellten Fassung vor. Die drei ersten Bücher sind bereits im Frühjahr d. J. auf Veranlassung des Reichsjustizamts amtlich veröffentlicht worden. Als Fortsetzung dieser Ausgabe wird in den nächsten Tagen das vierte Buch veröffentlicht. Das fünfte Buch, Erbrecht, soll im Frühjahr 1895 nachholen. — Will. Sch. Rath Görlitz erläutert in einer Auskunft an die „Nat. Ztg.“: „Die Angaben, ich halte an meiner jetzigen Stellung fest, willie andere Posten, die mir angeboten seien, nicht annehmen, weigere mich, in den Rabattestand zu treten, und beabsichtige, gegen eine zwangsweise Pensionierung die Säfe der Freiheit einzutreten.“ — Überlandgerichtsrath Dr. Salmer in Darmstadt ist an Stelle des in den Rabattestand getretenen Reichsgerichtsrath Dr. Baill zum Reichsgerichtsrath ernannt worden. — Major v. Wissmann feiert morgen in Köln seine Hochzeit. — Wie die „Volks-Zeitung“ erfuhr, beginnen im Laufe dieser Woche im Reichsamt des Innern die Sitzungen, in welchen erst die Aufstellung des Gesetzes über die Sitzeungen, in welchen erst die Befreiung der Börse beginnen soll. Die Vorlage des Gesetzes dürfte daher, wenn es überhaupt noch in dieser Saison geichtet, erst zu Ende der Session zur Verabsiedlung kommen.

Berlin. Der Kaiser und die Kaiserin wohnten heute in der Kapelle der hierzuliegenden russischen Botschaft der Trauemeesse mit darunter folgendem Monumen anlässlich der heutigen Beerdigung wortland Kaiser Alexander's III. bei. Anwesend waren ferner Prinz und Prinzessin Friedrich Leopold, die Herzogin Johanna Albrecht von Preußenburg und die Großprinzessin von Hessen-Darmstadt. Die Feier währt eine Stunde. Bei der Trauemeesse knieten das Kaiserpaar und die übrigen Angehörigen während der Handlung nieder, desgleichen zwei Mal während des Requiem, bei dessen Beginn den Thronthuhen des Kaiser bestreitende Wachsoldaten überreicht werden. Eine Kompanie des Kaiser Alexander-Gardegrenadier-Regiments mit den historischen Grenadiermützen, mit den vielumkrönten Fahnen und der Regimentsmusik war vor der russischen Botschaft anmarschiert. — Die Kaiserin Friedrich, welche gegenwärtig noch in Kuppelpalais wohnt, trifft am 21. d. s. hier ein, um ihren Winteraufenthalt in Berlin zu nehmen. — Vom Reichsamt des Innern sind die Grundzüge zu einem Reichs-Apotheken-Gesetz den Bundesregierungen zur gutachtlischen Auseinandersetzung mitgetheilt worden. Der preußische Entwurf soll darin verschiedene Abänderungen erfahren haben, jedoch das Prinzip der persönlichen Konzession und die Ausdehnung dieses Prinzips auf die bisher verlassenen konzessionierten Apotheken beibehalten bleiben.

Berlin. Der in Paris als angeblicher Spion verhaftet, Kassel heißt nicht so, sondern v. Kögel und ist der Sohn eines preußischen Generals und früher selbst preußischer Gardedoßier gewesen. Später war er in britisches Dienste, wurde aber wegen seines rüderlichen, verbrecherischen Lebensstandes ausgetheilt. Die Unterredung gegen die beiden Spione soll übrigens nichts Belohnendes ergeben haben. — An alle Berliner Apotheker ist jetzt ein Schreiben des Komitees zur Beschaffung von Diphtherie-Heilserum für Unmittelbare ergangen, das den Arzten für Unmittelbare das neue Heilmittel momentanlich zur Verfügung stellt.

Berlin. Der antikenmäßige Reichstagabgeordnete Leibnitz, der wegen Verdachts des Meutens verhaftet worden ist, ist gegen Entgegennahme einer Kavillone von 10,000 Mark aus der Untersuchungshaft wieder entlochen worden.

Leipzig. Das Reichsgericht verwirft die Revision des Dieners des Klosters Leubnitz, Wagner, der wegen Bildbeschaffungs zu 1½ Jahren Gefängnis und 3jährigem Chorversetzung verurtheilt worden war.

Bitterfeld. Hente führt ist im benachbarten Friedersdorf die Wollpinnerei von Rosenthal niedergebrannt. Die Tochter, die Gattin und eine ältere Verwandte des Besitzers, der selbst schwer verletzt wurde, verbrannten. Man vermutet, dass das Feuer in Folge einer Selbstentzündung herauslief. Der Besitzer hatte nicht verfehlt.

Witten. Der Prinzregent empfing heute den badischen Großherzog v. Baden. — Das gekommene Kabinett lehnte den sozialdemokratischen Antrag auf Einberufung einer außerordentlichen Landtagssession ab. — Der Reichsanzler Fürst Hohenlohe ist heute in Schillingsfürst eingetroffen. — Kassel. Geh. Kommerzienrat Henschel, Inhaber der bekannten Potassiumfabrik, ist gestorben.

Wanne. Eine zahlreich besuchte Versammlung von Fabrikarbeitern des Romshausener Werks nahm eine Resolution gegen jedes weitere Fabrikbelästigung an. Ein Fabrikant erläuterte ausführlich seine Unterredung mit Berliner maßgebenden Stellen die Zeitungsanmeldung über den Inhalt einer neuen Fabrikspolizei für Witten. Bei Abrechnung der Fabriksteuer werde verantwortlich auf das Werk zurückgefahren werden.

Kaiserslautern. Die Generalversammlung der deutschen Reichsverfassungs-Anstalt verließ Kaiserslautern. Nachdem schon lange durch Gespräche über die Geschäftsführung umstritten waren, hatte eine Anzahl der verhindernden Landesverfassungsanstalten die Revision der Geschäftsbücher und der Kasse durchgeführt. Zur der getragenen Generalversammlung wollte die Direktion nur die ihr geweihten Attentäder zulassen, was großen Lärm hervorrief. Als die Attentäder über haarschärfende Unregelmäßigkeiten im Kassenmeien und der Buchführungsbericht berichteten, entstand ein unbeschreiblicher tumult. Die beiden Geschäftsführer rütteten sich zu entstellen. Eine große Anzahl der Anwesenden verlangte die sofortige Bezahlung der Geschäftsführer. Die Bezahlung verzögerte aber tatsächlich bis zur weiteren Versammlung die Verabsiedlung sich zu verlegen.

Königlich. Wie der „Königl. Ztg.“ aus Petersburg gemeldet wird, hätten Giers und Bonnwald die Entlastung eingeholt. Dem Letzteren habe der Kaiser geantwortet, es sei noch zu früh, die Antwort auf den Ersteren ist noch unbekannt.

Pei. Bei Todt im Grauen Komitat wurde ein Lager, welches mehrere Millionen Metercentner Steinkohlen umfasst, aufgefunden.

Budapest. Der magyarische Minister vom äusserlichen Hause, Graf Andrássy, erläuterte auf der Tagung bei einem Sturz vom Pferde gegen eine nicht unbedeutende Verleistung, die ihm Schonung ausserordentl. so nützte er auch der Verhandlung seines Reporters im Abgeordnetenkabinete fernbleiben.

Graz. Die österreichische Landesregierung ist an der Tiphthe-